



# Ratsreport

18. Dezember 2018

## Inhalt

SPD-Vorschlag für zukunftsgerechte Lösung für die Ost-West-Achse	3
SPD will mehr Sozialwohnungen für Köln	4
Ossendorf bekommt eine Gesamtschule!	5
Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit	6
Privatisierung der Wirtschaftsförderung: Großer Fehler	7
Kurz notiert	8
» Günstige Wohnungen für Studierende	8
» Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord bekommen viel Geld	8
» Geschäfte dürfen auch 2019 an mehreren Sonntagen öffnen	8
» Eigenständige und größere Gesamtschule auch in Dellbrück	9
» Weitere gute Neuigkeiten für unsere Schulen...	9
» Abfall- und Straßenreinigungsgebühren: Rat beschließt Erhöhung	9
» Städtische Räume sind kein Ort für Hetze	9



# SPD-Vorschlag für zukunftsgerechte Lösung für die Ost-West-Achse

## CDU und Grüne mit faulem Kompromiss

In der letzten Sitzung des Jahres stand eine Entscheidung zu einem bedeutenden Kölner Verkehrsprojekt an: die Ost-West-Achse. Die Gleise zwischen Deutzer Brücke, Heumarkt, Neumarkt und Rudolfplatz sind hoffnungslos überlastet. Die Bahnen sind überfüllt und noch mehr Fahrten passen nicht mehr dazwischen.

Köln braucht dringend mehr Platz für Fahrgäste auf dieser zentralen Strecke. Aber wie? Auf der Linie 1 sollen demnächst längere Bahnen fahren, die 50% mehr Menschen mitnehmen können. Dafür braucht es längere Bahnsteige, darüber sind sich alle einig. Die Frage schien zunächst nur zu sein, ob die Strecke neben der Straße oder in einem Tunnel verlaufen soll.

Die SPD hatte noch eine andere Idee: Besser wäre es, gleich viel größer zu denken: beides bauen – sowohl eine oberirdische Strecke, auf der die Linie 7 fährt, als auch ein Tunnel, in dem die Linie 1 und 9 ab Deutz fahren. Also ein Tunnel unter dem Rhein. Damit gäbe es vier Gleise auf der Ost-West-Achse, zwei oben und zwei unten. Alle Linien könnten dann häufiger fahren und wesentlich mehr Menschen besser bewegen.

Diese Lösung wäre für Köln der große Wurf. Und nur so könnten auch endlich die Vororte an das Bahnnetz angebunden werden: Stammheim und Flittard, der neue Deutzer Hafen und Mülheim-Süd. Aber auch günstigere Fahrkarten wären möglich, damit mehr Menschen lieber Bahn fahren als Auto. Vielleicht wäre langfristig sogar eine kostenlose KVB für alle Kölnerinnen und Kölner möglich.

Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Für uns war immer klar: ein Tunnel ist kein Selbstzweck und kann nur dann Teil der Lösung sein, wenn er auch zusätzliche Kapazitäten bringt.“

CDU und Grünen hatten monatelang sehr unterschiedliche Vorstellungen: Die einen für einen kurzen Tunnel, die anderen strikt dagegen. Jetzt haben sie sich geeinigt: Auf einen faulen Kompromiss, der den Beschluss in die Zukunft verschiebt, statt die bestehenden Probleme wirklich anzupacken und zukunftssicher zu lösen. Vielmehr droht nun ein komplettes Verkehrschaos im Kölner Westen, weil eine Spur der Aachener Straße für einen fragwürdigen Schnellbus von Weiden-West zum Aachener Weiher geopfert werden soll.

„Mit der heute getroffenen Entscheidung kommt Köln mit der Ost-West-Achse keinen Schritt weiter. Köln hätte einen großen Wurf gebraucht und kein Klein-Klein, das im Übrigen viele Fragen offen lässt“, bewertet Christian Joisten, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, den aktuellen Beschluss zur Ost-West-Achse.

„Wir haben in den vergangenen Wochen für unser Konzept geworben und mit allen potenziellen Partnern Gespräche geführt. Inhaltlich hatten wir die größte Schnittmenge mit den Grünen und hatten sogar schon einen gemeinsamen Änderungsantrag. Dass dieser nun nicht kommt, weil die Grünen stattdessen lieber einen faulen Kompromiss mit der CDU machen, bedauern wir sehr. Mit dem jetzigen Beschluss kann niemand zufrieden sein“, so Joisten abschließend.

# SPD will mehr Sozialwohnungen für Köln

**Wohnen ist zu teuer. Darum muss das Baugesetz geändert werden. So könnten tausende Sozialwohnungen gebaut werden.**

Köln braucht mehr öffentlich geförderte Wohnungen. Das sind Wohnungen, die weniger Miete kosten, besser bekannt als Sozialwohnungen. Davon gibt es immer weniger, darum wollten wir heute im Stadtrat von Köln dafür sorgen, dass sich das ändert. Konkret heißt das: Bei allen größeren Wohnungsbauprojekten sollen in Zukunft mindestens 30% der Wohnungen öffentlich gefördert sein und damit weniger Miete kosten.

Die Ratsmehrheit konnte sich heute nicht entscheiden und hat unseren Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen. Wir bleiben dran!

Bislang gilt: Es gibt Wohnungsbauprojekte, die vom Stadtrat beschlossen werden müssen. Die sind meistens ziemlich groß, wie zum Beispiel am Deutzer Hafen, wo viele neue Wohnungen gebaut werden sollen. Dafür muss dann immer der so genannte Bebauungsplan geändert werden. In diesem Plan steht, wo Häuser gebaut werden dürfen, wo Schulen, wo Gewerbegebiete usw. In diesen Fällen müssen die Investoren 30 Prozent der Wohnungen günstiger vermieten. Für Projekte ohne diesen Bebauungsplan gilt diese Regel im Moment aber nicht! Diese werden meistens mitten im Veedel oder in Baulücken gebaut.

Wir sagen: Das muss sich ändern! Auch in diesen Projekten fordern wir in Zukunft mindestens 30% öffentlich geförderte Wohnungen.

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD im Stadtrat: „Die Stadtverwaltung hat uns gesagt, dass im Moment 4.700 neue Wohnungen in Köln ohne Bebauungsplan geplant sind. Wir fordern: Auch bei diesen Projekten müssen mindestens 30 Prozent öffentlich geförderte Wohnungen entstehen! Wir brauchen in Köln dringend mehr bezahlbare Wohnungen, und die kommen nicht von selbst. Mit unserem Vorschlag könnten so tausende neue und preiswerte Sozialwohnungen gebaut werden. Wir haben eine Wohnungsnot, darum darf man diese Chance, nicht liegen lassen.“

Aktuell könnte die Hälfte aller Menschen in Köln einen Wohnberechtigungsschein bekommen. Damit darf man in eine günstige, öffentlich geförderte Wohnung ziehen. Das klappt aber für die meisten nicht, weil es nur noch ganz wenige Sozialwohnungen in unserer Stadt gibt. Das muss sich dringend ändern.

Zusammen mit der Ratsgruppe BUNT haben wir darum einen Antrag im Stadtrat von Köln gestellt, den ihr hier findet: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvr=82671&voselect=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvr=82671&voselect=18393)

# Ossendorf bekommt eine Gesamtschule!

**Das hat der Stadtrat von Köln beschlossen. Die SPD-Fraktion im Stadtrat hatte dies beantragt.**

Dazu sagt Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher: „Köln braucht dringend neue Schulen, und zwar besonders Gesamtschulen. Nur dort können Kinder zusammen lernen, die unterschiedlich gut in der Schule sind. Auch Kinder mit Behinderung lernen dort mit nicht behinderten Kindern. Außerdem können dort alle Schülerinnen und Schüler sämtliche Schulabschlüsse machen. Nicht ohne Grund laufen Kinder und Eltern den Gesamtschulen die Türen ein. Die Gesamtschule ist die einzige Schulform in Köln, bei der jedes Jahr Kinder abgelehnt werden, ohne einen anderen Gesamtschulplatz angeboten zu bekommen – allein dieses Jahr knapp 1000. Eine Chance wie in Ossendorf müssen wir nutzen und auf der städtischen Fläche eine neue Gesamtschule bauen, alles andere wäre fahrlässig. Wir haben über

Jahre hinweg in Lindenthal schmerzvoll erfahren müssen, wie schwer es ist, passende Flächen für Gesamtschulen zu finden. Das darf sich nicht wiederholen.“

Ursprüngliche Verwaltungsvorlage:  
[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=77309&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=77309&vo-select=18393)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=687963&type=do&type=do&type=do>

Die SPD hat zudem einen Änderungsantrag gestellt um in der Umgebung eine schnelle Zwischenlösung zu schaffen und so auch kurzfristig Schulplätze im Stadtbezirk Ehrenfeld zu schaffen. <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=689424&type=do&type=do&type=do>



Inge Halberstadt-Kausch: „Köln braucht dringend neue Schulen, und zwar besonders Gesamtschulen. Nur dort können Kinder zusammen lernen, die unterschiedlich gut in der Schule sind.“ Bild: colourbox

# Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit

**In einer sozial gerechten Stadt darf niemand abgehängt werden. Förderkonzept des Bundesarbeitsministeriums bietet Chancen.**

Die Wirtschaft steht gut da, Arbeitslosigkeit ist aktuell für viele Menschen kein Thema. Dabei sind es gerade Langzeitarbeitslose, an denen die gute Lage vorbeigeht und die dadurch noch stärker abgehängt werden. Deshalb fordern wir, einen sozialen Arbeitsmarkt in Köln zu schaffen, um diesen Menschen wieder neue Chancen zu eröffnen. Die geförderten Stellen sollen dabei bei der Stadt Köln und ihren städtischen Gesellschaften wie der KGAB geschaffen werden: Denn für Unternehmen, die nach Tarif bezahlen, gibt es dann einen Zuschuss. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Michael Paetzold, erklärt: „Wir wollen, dass Köln eine soziale Stadt ist. Und das bedeutet, dass niemand in Köln abgehängt werden darf. Gerade Menschen, die lange keine Arbeit hatten, brauchen dafür aber besondere Unterstützung durch geförderte Arbeitsplätze.“

Die Unterstützung kommt von der Bundesregierung in Berlin. Das Bundesarbeitsministerium hat ein Programm mit dem Namen „MitArbeit“ gestartet. Das Ziel: Leistungen, die bisher das Jobcenter an Arbeitslose gezahlt hat, werden in Lohnzuschüsse umgewandelt. Paetzold: „Das ist eine große Chance für unsere Stadt. Wir wollen Arbeit finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit. Wir geben den Menschen eine Möglichkeit, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren und damit auch wieder gesellschaftlichen Anschluss zu finden.“

Paetzold abschließend: „Alle Menschen müssen die Chance haben, durch tariflich bezahlte Arbeit für sich selbst und ihre Familien sorgen zu können. Denn nur tariflich bezahlte Arbeit ist auch gute Arbeit. Genau das ist durch die Initiative des Bundesarbeitsministers möglich, wenn die Stadt Köln als Arbeitgeberin im Sozialen Arbeitsmarkt agiert.“



Michael Paetzold: „Nur tariflich bezahlte Arbeit ist auch gute Arbeit!“ Bild: colourbox

# Privatisierung der Wirtschaftsförderung: Großer Fehler

Eigentlich sind sich alle einig: Die Wirtschaftsförderung der Stadt Köln leistet gute Arbeit. Das ist ein Amt, das unter anderem dafür sorgen soll, dass sich Firmen in Köln ansiedeln und so Arbeitsplätze schaffen. Dafür braucht das Amt sogar vergleichsweise wenig Geld. Trotzdem will die Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker, aus dem Amt eine private Firma machen. Dabei haben Experten herausgefunden, dass dies für Köln keinen Vorteil bringt.

Warum also privatisieren? Das können weder Frau Reker noch die Parteien, die sie unterstützen (CDU, Grüne und FDP), richtig erklären. Denn in Wahrheit ist das eine schlechte Entscheidung. Mindestens zwei Millionen Euro mehr kostet die neue Firma – besonders für mehr Personal, was es im Amt nicht gibt.

Die SPD wollte deshalb, dass die Wirtschaftsförderung bei der Stadt bleibt. Mit den zwei Millionen Euro könne man besser den Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit in Köln unterstützen, sagte Christian Joisten, Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wenn die Wirtschaftsförderung noch besser werden soll, braucht sie mehr Geld und mehr Mitarbeiter. Damit würden Arbeitsplätze hier in Köln geschaffen und gesichert.“

CDU, Grüne und FDP haben heute trotzdem

beschlossen, dass eine private KölnBusiness-GmbH gegründet wird. Dabei besteht so die Gefahr, dass in der neuen Firma viel Fachwissen verloren geht, wenn Experten aus dem Amt nicht in die GmbH wechseln wollen. Außerdem sind die Möglichkeiten dieser GmbH durch europarechtliche Vorgaben sehr begrenzt. Stattdessen haben CDU, Grüne und FDP lieber noch zwei Stellvertreterposten für den Vorsitz im neuen Aufsichtsrat geschaffen, die zusätzliches Geld kosten. Bisher brauchte es den Aufsichtsrat gar nicht.

Zu allem Überfluss muss sich jetzt ausgerechnet Markus Greiteman in der Verwaltung um die neue KölnBusiness-GmbH kümmern. Er ist eigentlich zuständig für Wohnen, Schulbau und Stadtentwicklung und hat damit wirklich mehr als genug Probleme zu lösen. Joisten: „Die Kölnerinnen und Kölner brauchen dringend bezahlbare Wohnungen und genügend gute Kita- und Schulplätze für die Pänz. Für diese beiden Herkules-Aufgaben ist schon jetzt Markus Greitemann zuständig. Dass jetzt noch die Wirtschaftsförderung auf der Verwaltungsseite bei ihm angehängt werden soll, ist eine eklatante Fehlentscheidung.“

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=82765&voselect=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=82765&voselect=18393)



Christian Joisten: „Wir unterstützen eine Stärkung der Wirtschaftsförderung durch ein höheres Budget und eine bessere Personalausstattung. Das kommt der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hier in Köln zugute.“

# Kurz notiert

## Günstige Wohnungen für Studierende

Wohnungen in Köln werden immer weniger und die, die da sind, werden teurer – auch und gerade für Studierende. Daher fordern wir mehr günstige Studierendenwohnungen in Uni-Nähe.

Eine Unterbringung von Studierenden in aktuell leerstehenden Flüchtlingsunterkünften – wie in der heutigen Ratssitzung von den Freien Wählern Köln beantragt – klingt zunächst verlockend. Aber was tun, wenn wieder mehr Geflüchtete kommen? Wir sind dagegen, Geflüchtete und Studierende gegeneinander auszuspielen.

Für Studierende brauchen wir dringend andere, dauerhafte Lösungen – zum Beispiel das Projekt „Nördlich Colonia“, wo 260 öffentlich geförderte Studierendenwohnungen entstehen können, wenn alle Fraktionen mit uns an einem Strang ziehen.

## Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord bekommen viel Geld

Gute Nachrichten für Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord: Heute hat der Stadtrat von Köln das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für die Veedel beschlossen. Hinter dem komplizierten Begriff versteckt sich ein Programm, das bestimmte Bereiche in der Stadt fördern soll und mit viel Geld verbunden ist. In den nächsten zehn Jahren sollen knapp 20 Millionen Euro in den drei Stadtteilen investiert werden. Die Kinder- und Jugendeinrichtung „Blu4Ju“ in Blumenberg soll neu gebaut werden. Die S- und U-Bahnstation Chorweiler, der Turkuplatz sowie die Bereiche von Themse bis Weserpromenade sollen von dem Geld schöner gemacht werden. In den letzten Jahren ist schon viel in Chorweiler gemacht worden: Die GAG hat Häuser gekauft und sowohl die Wohnungen als auch das Umfeld

verbessert. Über ein Förderprogramm mit dem Namen „Starke Veedel – starkes Köln“ wird Geld fließen und zentrale Plätze in Chorweiler werden schöner gemacht. Hier steht, was der Rat heute beschlossen hat: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=77698&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=77698&vo-select=18393)

## Geschäfte dürfen auch 2019 an mehreren Sonntagen öffnen

In manchen Stadtteilen von Köln dürfen die Geschäfte im nächsten Jahr an neun Sonntagen öffnen. Das hat der Rat von Köln beschlossen. Fast alle Ratsmitglieder haben dafür gestimmt, auch die SPD. Der SPD war dafür, weil sie Sicherheit für die beteiligten Interessengemeinschaften und Einzelhändler in den Veedeln schaffen will. In den letzten Monaten haben Gerichte viele Sonntagsöffnungen verboten, weil es Klagen der Gewerkschaft ver.di dagegen gab. Wir gehen davon aus, dass die jetzt beschlossenen Sonntagsöffnungen von den Gerichten nicht verboten werden. Ein weiterer Grund für die Zustimmung: Diese Sonntagsöffnungen erfüllen die Kriterien für den Sonntagsschutz im Sinne der Arbeitnehmer, die auch im deutschen Grundgesetz stehen. Außerdem darf es in Köln nicht mehr als drei Sonntagsöffnungen pro Stadtteil geben. Zukünftig möchte die SPD-Fraktion noch stärker den Einzelhandel in den Veedeln außerhalb der Innenstadt berücksichtigen.

Hier steht, was der Rat heute beschlossen hat: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=79627&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=79627&vo-select=18393)



## Eigenständige und größere Gesamtschule auch in Dellbrück

Wir brauchen viel mehr Gesamtschulen in unserer Stadt! Daher ist es sehr gut, dass die Willy-Brandt-Gesamtschule am Dellbrücker Mauspfad nun zu einer eigenständigen Gesamtschule wird.

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=79537&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=79537&vo-select=18393)

Die SPD tritt dafür ein, dass mehr Gesamtschulen in Köln entstehen - Warum?

- Gesamtschulen sichern gleiche Bildungschancen für alle Kinder.
- Sie fördern jedes Kind individuell und ermöglichen Aufstieg.
- An einer Gesamtschule lernen Kinder mit und ohne Behinderung immer zusammen.
- Eine Gesamtschule ist immer eine Ganztagschule.
- An einer Gesamtschule kann man jeden Schulabschluss machen.

## Weitere gute Neuigkeiten für unsere Schulen...

### Baubeschluss für die Peter-Ustinov-Realschule

Auch an der Peter-Ustinov-Realschule in Nippes geht es weiter. Der Stadtrat von Köln hat heute beschlossen, dass dort die Schulaula neu gemacht und die Bühnentechnik erneuert wird. Außerdem bekommen die Aula und auch der Musikraum neue Möbel. Die SPD-Fraktion will, dass das Amt für Gebäudewirtschaft (die für den Bau neuer Schulen verantwortlich ist) stärker wird, damit neue Schulen oder Sanierungen schneller fertig gemacht werden.

Die Kölner Stadtverwaltung muss sich endlich darauf konzentrieren, dass mehr Schulen gebaut werden.

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=75761&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=75761&vo-select=18393)

**Drucktechnik am Berufskolleg Kartäuserwall**  
Im Berufskolleg am Kartäuserwall gibt es ab dem nächsten Schuljahr den neuen Schwerpunkt Drucktechnik.

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=79676&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=79676&vo-select=18393)

### Ausblick 2019

Im Januar wird der Stadtrat von Köln darüber abstimmen, wie sich die Schulen in unserer Stadt in der Zukunft entwickeln werden. Die SPD wird sich dabei nochmal für eine Gesamtschule im Stadtteil Rondorf einsetzen. Alle Experten vor Ort sind dafür, dass dort eine Gesamtschule gebaut wird, CDU, Grüne und FDP wollen es besser wissen und haben sich hier für ein Gymnasium ausgesprochen. Ein Fehler!

Der Plan für die zukünftige Schulentwicklung von Köln und die bisherigen Beratungen dazu steht hier: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=79320&voselect=18778](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=79320&voselect=18778)

## Abfall- und Straßenreinigungsgebühren: Rat beschließt Erhöhung

Im nächsten Jahr müssen die Kölnerinnen und Kölner wieder tiefer in die Tasche greifen: Ab 2019 werden die Abfallgebühren und die Gebühren für die Straßenreinigung teurer. Das hat der Stadtrat heute mit der Mehrheit von CDU, Grüne beschlossen. Damit wird auch Wohnen in Köln wieder teurer. Das wollte die SPD-Fraktion nicht und hat gegen die Gebührenerhöhung gestimmt.

## Städtische Räume sind kein Ort für Hetze

Räume der Stadt Köln sollen auch in Zukunft nicht für Veranstaltungen vermietet werden, bei denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll. Das hat die SPD-Fraktion im Kölner Stadtrat zusammen mit den anderen, demokratischen Fraktio-

nen beschlossen. Die Stadtverwaltung soll jetzt aufschreiben, wie man das verhindern kann. Dabei werden Anregungen der Info- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus aus der Broschüre „Keine Räume für Nazis“ mit eingearbeitet.

Hier steht, was der Rat heute beschlossen hat: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=83896&vo-select=18393](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=83896&vo-select=18393)